ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Zimmermann, Klaus F.

Article

Länderfusionen sind dringend nötig!: Kommentar

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Zimmermann, Klaus F. (2009) : Länderfusionen sind dringend nötig!: Kommentar, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 10, pp. 160-

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/151752

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Schüssler 2008

Länderfusionen sind dringend nötig!

von Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann *

In der Wirtschaftskrise rückt immer mehr der Staat als vermeindlich stabiler Retter in den Vordergrund. Dabei ist er dafür seit langem strukturell schlecht aufgestellt. Zum Abbau von Defiziten tagten in den letzten Jahren zwei Föderalismuskommissionen über eine Straffung der Verhältnisse zwischen dem Bund und den Ländern, aber auch zwischen den Ländern.

Die bis jetzt gefundenen Reformen reichen aber bei weitem nicht aus. Auch angesichts der Demaskierung der Funktion der Landesbanken durch die Finanzkrise wollen die Länder nicht auf dieses teure Spielzeug verzichten. Ebenso muss den Regierungen mehr Spielraum für planvolles Handeln eingeräumt werden. Die Verlängerung der Parlamentsperioden auf sechs Jahre und die gleichzeitige Durchführung der Wahlen in den Bundesländern zur Mitte der Amtsperiode des Bundestages könnte eine nachhaltigere Politik ermöglichen.

Als Kern einer Aktivierungsoffensive sollte allerdings die Zahl der Bundesländer deutlich reduziert werden. Durch Fusionen können leistungsstarke neue Länder entstehen, die durch Verwaltungskonzentration und Bürokratieabbau zu gesteigerter Effizienz kommen und über eine wirtschaftlich handlungsfähige und finanziell unabhängige Größe verfügen. Dabei müssten nach den Erfordernissen des Grundgesetzes geschichtliche und kulturelle Zusammenhänge, wirtschaftliche Zweckmäßigkeiten sowie die Erfordernisse von Raumordnung und Landesplanung berücksichtigt werden. Zur Durchführung wären ein Bundesgesetz und Volksabstimmungen erforderlich.

Zwar gelang in Deutschland erst eine Länderfusion, die von Baden und Württemberg im Jahre 1952, deren letzte Ausläufer ich 1970 als Schüler noch miterleben durfte, als 80 Prozent der Badener in einer Volksabstimmung für einen Verbleib bei Württemberg stimmten. Dagegen lehnte Brandenburg eine Fusion mit Berlin 2005 aus Angst vor den Schulden und der Übermacht der Hauptstadt ab. Weitsichtig war das nicht, denn der Erfolg Baden-Württembergs spricht für sich.

Politisch sieht dies allerdings nach einem langwierigen und mühsamen Prozess aus, da der Gestaltungswille in den Parlamenten und die Mehrheiten in den Bevölkerungen der Länder gefunden werden müssen. Ein Nordstaat aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, die Fusion von Berlin und Brandenburg, der Zusammenschluss von Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, die Verbindung von Bremen und Niedersachsen und die Vereinigung von Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Hessen würden mit Baden-Württemberg und Bayern jedenfalls acht leistungsfähige Länder entstehen lassen können. Damit würde sich die Zahl der Bundesländer halbieren. Sollte in der gegenwärtigen großen Wirtschaftskrise die Reformbereitschaft der Bevölkerung dafür wachsen, dann sollte diese Chance unbedingt ergriffen werden.

* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin).

Wochenbericht Nr. 10/2009 vom 4. März 2009

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber
Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredation
Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle
Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb von vier Wochen nach Erscheinen des Wochenberichts angenommen werden; danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis
Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Stabsabteilung Kommunikation des DIW Berlin (Kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.